Preis 7 Mark

# Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 50,—, vierteljährlich M. 150,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 80,—, vierteljährlich M. 240,—, im übrigen Ausland monatlich M. 120,—, vierteljährlich M. 360,—. — Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Bankverbindung Hansabank, (e. G. m. b. H.), München. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 20,—, für München M. 15,—, mit entsprech. Nachlaß. Reklamezeile M. 75,—, Familienanzeigen M. 10,—, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 10,—.
Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 9—11 Uhr vormittags.

**Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands**

Leiter: Dietrich Eckart

**Ausgabe 84** — **München (Samstag), den 21. Oktober 1922** — **36. Jahrgang**

Archiv und Museum

## Die hinkende Regierung

Die Mühlen Jehovas mahlen bekanntlich langsam, aber sie mahlen wenigstens sicher. Die Mühlen aber einer hochweisen Staatsregierung mahlen, dieweil sie Tretmühlen sind, an denen gewöhnlich rückwärts getreten wird, noch viel langsamer, aber keineswegs noch sicherer und liefern im günstigsten Fall das Mehl dann ab, wenn der arme Mann, der sich ein Brot daraus backen wollte, in Ruhe und Ordnung verstorben ist.

Gegenwärtig geht so ein Mühlrad im Kopf der bayerischen Regierung herum und erzeugt die Erkenntnis, daß „gerade die breite mittelständische Schicht von der Not immer mehr aufgerieben wird". Etwas reichlich lang haben die „Müller" zu dieser Erkenntnis gebraucht; als wir Nationalsozialisten sie vor drei Jahren als vordringlichste Forderung der breiten Masse einhämmerten und der Regierung in die Ohren schrieen, sind wir als „Hetzer" gebrandmarkt worden. Heute, wo es schon zu spät ist, die Not mit Ruhe und Ordnung zu bannen, verfaßt die Regierung eine Denkschrift über die Teuerungskatastrophe und unterbreitet sie dem ausgeplünderten Volk, statt den Wisch mit nach einem verschwiegenen Ort zu nehmen, dessen Türe abzusperren und den Schlüssel in die Grube zu werfen.

Da unsere Regierungen nicht nur langsam mahlen, sondern auch langsam reiten, ist es ganz selbstverständlich, daß sie den Gaul beim Schwanz aufzäumen. Als ersten Punkt ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung, den die bayerische Regierung der Reichsmißregierung unterbreitete, steht zu lesen: „Sicherung der Ruhe und Ordnung im Innern." Daß Ruhe und Ordnung von selbst gesichert sind, wenn die Not der breiten Massen behoben ist, ist für ein Hirn, in dem ein Mühlstein herumgeht, unfaßbar. Aber es kommt noch besser. Als Punkt 4 lesen wir: „Veredelung (!) des Achtstundentages unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung desselben." Abgesehen von der Verwaschenheit und Angst vor den roten Verführern des Volkes, die hinter dem Wort „Veredelung" hervorschaut, ist zu bemerken, daß der Achtstundentag für **unsere** Volkswirtschaft vollständig hinreichend wäre, und daß eine „veredelte" Mehrarbeit dem Konto Reparation zugute kommt. Hier ist der sozialistische Professor Dr. Lindemann aus Köln ehrlicher, der sich kürzlich offen gegen den Achtstundentag wandte. Also auch hier ergreift die bayerische Regierung das verkehrte Ende; der Punkt 4 müßte lauten: Kein Pfennig und kein Gramm Ware für die Reparation, oder wie Herr **Wirth**, um ein nicht wahrgemachtes Wort des Erfüllungspolitikers der Vergangenheit zu entreißen, gesagt hat: „Erst Brot, dann Reparationen." Das wäre die Kernfrage, mit deren Beantwortung sich auch Punkt 5 erledigt: „Einschränkung des inländischen Bedarfs auf das Unentbehrliche," denn das kann nur heißen: Wir müssen uns im **Inland** einschränken, damit die **ausländischen** Bank- und Börsengauner mit den deutschen Reparationsleistungen ein Schlemmerdasein führen und unsere Waren in alle Welt verschieben können. Alles Herumreden bei diesen Fragen ist sinnlos; wenn die bayerische Regierung drei Worte nach Berlin gedrahtet hätte: „Schluß mit Versailles!", dann wäre die Wurzel des Übels gekennzeichnet worden.

Die gleiche Leisetreterei mit demselben Eiertanz um die Forderungen des ausgeplünderten Volkes verraten die Vorschläge zur Bekämpfung des **Wuchers**. Alle möglichen Strafen werden in Vorschlag gebracht, die einzig wirksame Strafe aber, **den Galgen**, zieht die bayerische Regierung nicht in den Bereich ihrer wohlmeinenden Erwägung.

Dabei sagt die Denkschrift gelegentlich eines lichten Momentes ihrer Verfasser selbst mit beschämender Offenheit: „Die bayerische Regierung ist sich bewußt, daß alle diese Vorschläge nur **eine Linderung** des Übels, **aber keine Heilung** bringen können." Hier verläßt uns, d. h. die an Ruhe und Ordnung gewöhnten Staatsbürger, die Geduld, und wir fragen uns, welchen Zweck hat dann die ganze bombastische Denkschrift, wenn die bayerische Regierung selbst zugibt, daß in den „Reparationen" die Wurzeln unserer Not liegen. Der an Ruhe und Ordnung gewöhnte Staatsbürger kann diese Denkschrift in ihrer Halbheit nur als die Ausgeburt grenzenloser Verantwortungslosigkeit würdigen. Die Denkschrift ist weiter nichts als der faule Zauber einer Staatsbehörde, die dem Volk durch ein Beruhigungspulver weißmachen möchte, daß sie gewillt ist, sich seiner Not anzunehmen; andererseits verbirgt sich hinter dieser Denkschrift auch die berechtigte Angst unserer Staatsmänner, die Not des Volkes möchte zur Selbsthilfe greifen, denn in den Vorzimmern der Regierung sitzt sie schon. „Eine Freiheit," sagt die Denkschrift, „sich ins Verderben zu stürzen, darf keine Regierung ihrem Volke lassen, und der Zwang, vor dem Abgrund haltzumachen, ist kein Zwang." Wir Nationalsozialisten haben nicht vor dem Abgrund unseres Volkes, sondern schon einige Kilometer vor dem Abgrund haltmachen wollen. Dafür haben wir seit Jahr und Tag Volk und Regierung aufgeklärt und aufgefordert und sind zum Dank verlacht, verleumdet und verhaftet worden. Heute entdeckt ein regierendes Auge, daß das Volk vor dem Abgrund steht, aus dessen Tiefe die Geister der bereits Hinabgestürzten nach Vergeltung schreien.

Die bayerische Regierung aber hofft durch eine — — **Denkschrift** das Volk vor dem Abgrund zu erretten. Durch Synagogen und durch Börsen geht ein stilles Lächeln.

•

Bezeichnend ist, mit welchem Nachwort die „M.N.N." den Erguß der bayerischen Regierung begleiten. „Es läßt sich nicht leugnen," schreiben sie, „daß einzelne dieser Vorschläge **sehr weit** (!!!) gehen und zu einem tiefen Eingriff in das Wirtschaftsleben führen **würden**." „Würden", schreibt der Sendlingerstraßenräumer, also er nimmt von vorneherein an, daß diese Maßnahmen nicht durchgeführt werden. Wenn man weiter bedenkt, daß unser Wirtschaftsleben sich in jüdischen Händen befindet, dann versteht man auch den Schlußsatz: „Allerdings werden sich die verantwortlichen Stellen jederzeit vor Augen halten müssen (!!), daß bei Eingriffen, die zu einer Hemmung des wirtschaftlichen Verkehrs oder zu einer Behinderung der Produktion führen, der Schaden größer sein wird als der erhoffte Nutzen." Das ist die Antwort des **Juden** auf den Satz der Denkschrift: „Der Staat müsse sich Autorität **auch** der Wirtschaft gegenüber verschaffen."

In den Synagogen und Börsen verwandelt sich das Lächeln in ein dröhnendes Gelächter.

Im deutschen Volk aber wächst die Verzweiflung . . . Ein kleines Mädchen hängt an der Schürze der Mutter und bettelt um ein Stück **Brot**. Glaubt der Herr Graf Lerchenfeld mit einer **Denkschrift** den Hunger des Kindes und die Verzweiflung der Mutter stillen zu können? — Und wenn der Vater des Kindes die Hand ballt, Herr Graf, und die Faust bei ihm nicht nur eine Geste ist? —

## Der Schuhskandal bei „Romeo und Neptun"

Unsere Veröffentlichungen über die haarsträubenden Zustände im Schuhgeschäft der G. m. b. H. Romeo und Neptun haben weite Kreise gezogen. Die so zurückhaltende Presse hat diesmal doch Notiz von den Enthüllungen nehmen müssen. Der Bayer. Bauernbund ließ es sich nicht entgehen, als Vorkämpfer der darbenden Massen, von den Behörden die energischsten Schritte zu fordern; der Stadtrat seinerseits verlangte die Übernahme der beschlagnahmten Schuhe. Die „Münchener Post" brachte ihrerseits unter dem Titel „Erwucherte Millionen" einen „Originalaufsatz" über den Fall und erklärte, sie wisse, daß „Romeo und Neptun Waren seit Jahr und Tag aufgestapelt" hätten in der Anzahl von „weit über hunderttausend Schuhpaar". So, so, warum hat sie ihr Wissen so lange für sich behalten? Merkwürdig, daß es erst des bösen „Völk. Beob." bedurfte, um die „Arbeiterzeitung" aus dem Schlaf zu wecken.

Mittlerweile hat Herr Simon Rosenberg als Direktor von „Romeo und Neptun" es nicht versäumt, seine Unschuldserklärung in den demokratischen „M. N. N." niederzulegen. Wie wir daraus ersehen, hat er gegen den „Völk. Beob." eine Klage eingeleitet.

Das Wucherabwehramt hüllt sich in Schweigen. Wir erfahren nicht, ob die Zahl der 1300 beschlagnahmten Kisten sich vermehrt hat oder ob es einige als zu unrecht beschlagnahmt ansah. Wir fordern volle **Offentlichkeit**, damit im einzelnen klar wird, inwieweit sich die jüdische Firma an der Allgemeinheit versündigt hat. Ergänzend zu unseren vorangegangenen Aufsätzen möchten wir jetzt direkt an das Wucherabwehramt folgende Fragen richten:

Ist es wahr, daß die Preise für gewöhnliche hölzerne Schuhleisten plötzlich auf 175 Mark hinaufgesetzt wurden? Wie groß sind die Lagerbestände von Gummiabsätzen und sonstigen Schuhbedarfsartikeln? Ist es wahr, daß die Firma Romeo und Neptun in den Monaten Juli und September eine Reihe von Filialen auf längere Zeit (je etwa acht Tage) schließen ließ? Wenn ja, aus welchem Grunde? Hat die Wucherabwehrstelle durch Umfrage bei den Angestellten feststellen können, ob Kunden weggeschickt wurden, da angeblich Warenmangel herrschte? Läßt sich feststellen, ob die Firma Romeo und Neptun aus Pirmasens von den Firmen A. Doublon, Ehrensperger, Dreyfuß oder anderen unter falscher Deklaration (Bücher) sich hat Schuhe minderwertiger Qualität schicken lassen? Läßt sich feststellen, ob sich im Hause Lindwurmstraße 71—73 außer dem angegebenen Lager der Firma Neptun im zweiten Stock noch andere Speicherräume (nicht mit dem Firmenschild versehen) im vierten bestanden haben? Schwebte schon während des Sommers und bis jetzt ein Verfahren wegen Wuchers gegen Simon Rosenberg, und wenn ja, was wurde ihm im einzelnen vorgeworfen? Läßt sich die in verschiedenen Kreisen auftretende Behauptung als unrichtig erweisen, daß früher im Lager der betr. Firma die Herstellungsnummern der eingelaufenen Schuhe abgeändert wurden?

Aus welchem Grunde endlich wurde eine Anzeige vom Januar 1919 gegen S. Rosenberg ohne Beachtung gelassen?

Wir ersuchen das Wucherabwehramt dringend, im Interesse der Allgemeinheit, uns obige Fragen zu beantworten bzw. sie sofort nachzuprüfen. Wenn diese erledigt sind, werden wir uns erlauben, eine Reihe anderer zu stellen.

Vom Rechtsbeistand der Firma Romeo und Neptun würden wir gerne die Versicherung entgegennehmen, daß er geschäftlich an der Firma seines Mandanten nicht interessiert ist und auch keinem Vorstand einer Schuhhändlervereinigung angehört.

•

Zum „Eingesandt" des S. Rosenberg in den „M. N. N." möchten wir folgendes bemerken: Kühn wird das Publikum zur Prüfung der Stempel auf den Schuhsohlen aufgefordert. Aber wohlweislich nur der Schuhe, die im Laden sind. Über die Hunderte von Kisten, welche Schuhe zu etwa 40, 50, 60 M. Einkaufs- und 75, 120 usw. Mark Ladenpreis enthalten, schweigt des Sängers Höflichkeit, und der Mund des Simon Rosenberg ist darüber wie **versiegelt**. Die Angestellten der Firma Romeo & Neptun sollen — das soll der größte Trumpf der Erklärung sein — diese gebeten haben, ihnen „billige Schuhe aufzubewahren". Fein gesagt. **Aufbewahrt** sind sie schon worden, aber **bekommen** haben die Angestellten nichts, sondern wurden bei Bitten vom so wohltätig gesinnten Juden auf spätere Zeiten vertröstet.

**Zur Charakterisierung des Simon Rosenberg sei noch ergänzend hinzugefügt, daß dieser während des Krieges schon wegen Wuchers aus München ausgewiesen worden war. Die herrliche Revolution hat aber nichts dagegen gehabt, daß dieser Galizier seinen Laden wieder auftun durfte. Jetzt besitzt er Auto, Villa und kauft neue Häuser. Ein Menschenfreund reinster Sorte!**

Die jetzige Angelegenheit wird wohl bald vors Wuchergericht kommen. Da wollen wir den betreffenden Staatsanwalt in allem Ernst ersuchen, mit aller Strenge vorzugehen. Es darf sich nicht wiederholen, was sich kürzlich unter dem Vorsitz des Staatsanwalts Aschka abspielte. Da wurde nämlich nachgewiesen, daß bei einem Müller in Laim Beamte in einer Remise 200 Zentner Mehl beschlagnahmt hatten. Diese Remise sei mit allerlei Gerümpel angefüllt, hatte der Müller erklärt. Dann wollte er den Schlüssel verloren haben. Schließlich — als mit Sprengung des Schlosses gedroht wurde — öffnete er, und man fand 200 Zentner Weizenmehl, das für 2—3 M. das Pfund eingekauft worden war und — lagerte. Der Müller wurde trotzdem freigesprochen.

Etwas ähnliches darf sich nicht wiederholen!

Stellt sich die Wahrheit unserer Behauptung heraus — wir sind bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten —, daß die Firma Romeo & Neptun große Bestände an Schuhen und Gummiabsätzen aufgespeichert hat, so hieße es die Verzweiflung der notleidenden Bevölkerung direkt herausfordern, wollte man den schon vorbestraften Juden frei ausgehen lassen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß im genannten Falle das gesamte Vermögen der A.-G. auf den Staat überzugehen hat, die verantwortlichen Persönlichkeiten aber außerdem noch persönlich abgeurteilt werden.

Die Leute, die immer nach Ruhe und Ordnung rufen, haben die Pflicht, hier einzugreifen, sonst dürfen sie sich nicht wundern, falls die Leidenschaft der verspotteten Bevölkerung einmal über sie kommen sollte.

## Die Republik in Gefahr!

**„Das Thüringische Ministerium des Innern in Weimar hat auf Grund der §§ 20/21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 den Vertrieb des ‚Völkischen Beobachters' durch Bekanntmachung vom 3. Oktober 1922 im Lande Thüringen unbefristet verboten."**

**Der Versand ist ab Nr. 82 nach den in 22 Orten in Thüringen wohnenden Beziehern unseres Blattes von der Post eingestellt worden.**

**Obige Mitteilung erhielten wir am 18. Oktober 1922 durch das Münchener Zeitungspostamt zugestellt. Die Zustellung irgendeiner Verfügung durch das thüringische Ministerium an uns ist nicht erfolgt.**

**Wir haben sofort unseren Rechtsanwalt beauftragt, Rechtsbeschwerde einzureichen.**

**Wenn man Lieder wie „Üb' immer Treu' und Redlichkeit" aus Schulbüchern streicht, so muß der „Völkische Beobachter" selbstverständlich in bezug auf die Erwachsenen ein gewaltiger Dorn im wachsamen Sowjetauge des Freistaates Thüringen sein.**

## Lloyd Georges Rücktritt.

Mit dem Rücktritt von Lloyd George hat ein innerpolitischer Kampf einen vorläufigen Abschluß gefunden, der mit dem Versailler Schandstück begonnen und seitdem ständig mehr oder weniger offen fortgeführt wurde. Entgegen allen britischen Traditionen hatte Lloyd George die Politik des europäischen Gleichgewichts aufgegeben, oder vielmehr aufgeben **müssen**. Die Börsenherren von Paris und ihre französischen Marschälle konnten die Gewaltpolitik ungehindert verfolgen, weil sie wußten, daß von London aus nicht nur keine Widerstände, sondern sogar Unterstützung zu erwarten war. So widersetzte sich „England" weder dem Genfer Schmachspruch, noch den „Reparationsforderungen"; vielmehr wurde sogar der „Vertrag" von Spa in Huthe, beim jüdischen